

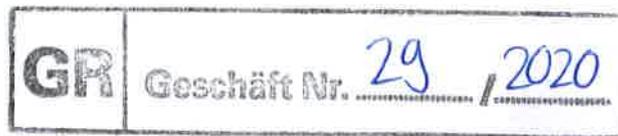
07. April 2020



Fraktionen SP und Grüne

Hanna Baumann, Am Wasser 9, 8600 Dübendorf

Tel. G: 044 801 10 30 / Mobile: 079 343 21 79



Herr Gemeinderatspräsident

Reto Heeb

Ratssekretariat / Stadtverwaltung

8600 Dübendorf

Dringlich:

Anfrage zur Unterstützung Frauenhäuser / Opferhilfe und Prävention von häuslicher Gewalt

Dübendorf, den 06. April 2020

Auslöser für diese dringliche Anfrage ist die besondere Situation aufgrund der Massnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus COVID-19 in unserer Region und weltweit.

Fachleute erwarten aufgrund der beengten Verhältnisse und der Prämisse: ‚Bleiben Sie zuhause!‘ einen signifikanten Anstieg der Fälle von Häuslicher Gewalt.

In einer Medienmitteilung vom 23.03.2020 teilt die Direktion der Justiz und des Innern und der Sicherheitsdirektion mit: „Die Hilfe für Opfer von Häuslicher Gewalt gehört zum Grundauftrag des Staates, die dieser auch in Krisenzeiten gewährleisten muss. Die Betriebe der Opferhilfe im Kanton Zürich halten ihre Angebote zugunsten von Opfern darum auch unter den gegenwärtig erschwerten Bedingungen aufrecht und verstärken diese sogar noch.

Gegenwärtig ist die Belastung der Zürcher Frauenhäuser, Schutzunterkünften für Kinder und Jugendliche sowie Opferberatungsstellen hoch. Die Beratungsstellen arbeiten normal, anstelle von face-to-face-Beratungen bieten sie telefonische und online-Beratungen an. Obwohl die Hilfsorganisationen für Opfer von Häuslicher Gewalt voll funktionsfähig sind, gehen Fachleute von einer Verschärfung der Lage in den kommenden Wochen aus. Hintergrund sind die einschneidenden Massnahmen, die der Bundesrat zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID19) erlassen hat; innerfamiliäre Spannungen und damit die Zahl der Fälle von Häuslicher Gewalt dürften zunehmen.“

Konkret werden deshalb zusätzliche Massnahmen eingeleitet: Die Organisationen im Bereich der Opferhilfe werden dazu aufgefordert, zusätzliches Personal einzustellen und neue Räume für die Unterbringung von Opfern bereitzustellen.

In unserer Region ist das Frauenhaus Zürcher Oberland umgehend aktiv geworden. Gemäss ihrer Medienmitteilung vom 26.03.2020 sind sie ab dem 30.03.2020 bereit, zusätzliche Zimmer für gewaltbetroffenen Frauen und Kinder anzubieten und eine qualifizierte Beratung und Begleitung sicher zu stellen.

In diesem Zusammenhang richten wir folgende Fragen an den Stadtrat:

1. Hat der Stadtrat Kenntnis davon, wieviele gewaltbetroffene Personen, die in unserer Stadt wohnhaft sind, im Jahr bisher Unterstützung von Beratungsstellen; Begleitung und Unterkunft in Anspruch genommen haben?
Wenn ja, wieviele sind es durchschnittlich über die letzten drei Jahre?
2. In welcher Weise hat die Stadt Dübendorf bisher Betriebe der Opferhilfe im Kanton Zürich unterstützt?
3. Ist der Stadtrat bereit, aufgrund der ausserordentlichen Lage neu zu beurteilen, wie die Stadt diese Betriebe während der Corona-Zeit unterstützen könnte?
Wenn ja: Welche Massnahmen sind geplant oder angedacht?
Ist er bereit, mit dem Frauenhaus Zürcher Oberland und/oder einer Beratungsstelle in Zürich Kontakt aufzunehmen, um konkrete Massnahmen umzusetzen?
Wenn nein: Warum nicht?
4. Wo sieht der Stadtrat Möglichkeiten, Wohnraum, Zimmer und Unterkünfte vorübergehend zur Verfügung zu stellen, um die dringend notwendigen Massnahmen zum Schutz vor der Ausbreitung des Corona-Virus umsetzen zu können?
Wie stellt sich der Stadtrat dazu, beispielsweise leerstehende Hotelzimmer und andere leerstehende Immobilien für die Unterbringung von gewaltbetroffenen Frauen und Kinder in dieser Weise zu nutzen, und die Hotels / Immobilienverwaltungen dafür zu entschädigen?
5. Wie ist das Sozialamt, die Polizei und andere Anlaufstellen der Stadt auf den potentiellen Anstieg von häuslicher Gewalt und zwischenmenschliche Spannungen sensibilisiert und welche Massnahmen stehen den Mitarbeitenden zur Verfügung?
6. Wie beurteilt der Stadtrat die Umsetzung des Home-Schooling in den verschiedenen Schuleinheiten?
Wie hat sich die Lebensqualität der Familien in der Stadt verändert seit die Schulen geschlossen sind, und alle Kinder erste Erfahrungen mit Home-Schooling machen?
7. Wie werden Familien identifiziert, bei denen vermehrt Spannungen zu befürchten sind, weil sie bereits jetzt und auf unbestimmte Zeit gezwungen sind, auf engem Raum zusammen zu wohnen, wenn alle Kinder zuhause sind und die Eltern allenfalls nicht arbeiten können?
Gibt es Hinweise von der Schule, insbesondere von der Schulsozialarbeit, die zu Hilfe gezogen werden? Mit welchen präventiven Massnahmen können solche Spannungslagen entschärft werden?

Aufgrund der Dringlichkeit der Sachlage und der Aktualität dieser Anfrage bitten wir den Stadtrat um eine raschmögliche Bearbeitung und Umsetzung der vorliegenden Anregungen.

Herzlichen Dank!

Freundliche Grüsse

Im Namen der Fraktionen SP und Grüne:



Hanna Baumann